

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 3,00 Mk. mit Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile 20 Hg.

Die Reklamezeile 100 Hg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Altfenhausen, Hömberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 10

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Bahn).

Donnerstag, 22. Januar 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Verordnungen

der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission.

Verordnung der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission

betreffend

die Verkehrspolizei, Post-, Telegraphen- und Telefonverbindungen, die Presse, Versammlungen, Besitz und Handel mit Waffen und Munition und die Ausübung der Jagd.

(Fortsetzung aus voriger Nummer.)

Titel 2

Überwachung der durch die Post, die Telegrafie und den Fernsprecher übermittelten Nachrichten.

Artikel 11.

§ 1. Auf schriftliches Ersuchen der Hohen Kommission oder jedes von der Hohen Kommission besonders ermächtigten Offiziers oder Beamten haben die deutschen Behörden in allen Fällen, in denen es das Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder der Sicherheit der Besatzungstruppen erfordert, dem zu diesem Zweck von der Hohen Kommission ernannten Beamten die Briefe und Postsendungen jeder Art auszuhandigen, deren Vorlage sie verlangen sollten. Mit diesen Briefsendungen wird nach Anweisung der Hohen Kommission verfahren werden.

§ 2. Eine ähnliche Überwachung kann über alle telegraphischen und telefonischen Mitteilungen sowie über alle Mitteilungen gleicher Art ausgedehnt werden.

Artikel 12.

Die öffentlichen Telegraphen- und Fernsprecherverbindungen zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland dürfen nur durch die Kommande vermittelt werden, von denen eine Liste durch die deutsche Regierung aufgestellt und der Hohen Kommission mitgeteilt wird.

Titel 3.

Presse.

Artikel 13.

Jede Zeitung, Schrift oder Veröffentlichung, alle Druck- und alle Reproduktionen auf mechanischem oder chemischem Wege die zur öffentlichen Verbreitung bestimmt sind, Schriften und Bilder mit oder ohne Bemerkungen, Musiknoten mit Text oder Kommentar und alle kinematographischen Filme, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefährden, oder die Sicherheit und das Ansehen der Hohen Kommission oder der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen geeignet sind, sind verboten und können gegebenenfalls durch Befehl der Hohen Kommission oder in dringenden Fällen durch Befehl des Kreisdelegierten der Hohen Kommission beschlagnahmt werden. Wenn es sich um eine täglich erscheinende Veröffentlichung handelt, kann der Kreisdelegierte der Hohen Kommission anordnen, daß das Erscheinen eingestellt oder für 3 Tage verboten wird.

Die getroffenen Maßnahmen sind sofort zum Gegenstand eines Berichtes an die Hohen Kommission zu machen, die über die erwähnten Maßnahmen beschließt und anordnen kann, daß das Erscheinen eingestellt werden oder die Zeitschrift für einen Zeitraum bis zu höchstens 3 Monaten nicht zugelassen wird.

Artikel 14.

Unabhängig von diesen Verwaltungsmaßnahmen können die Verfasser der beanstandeten Veröffentlichungen und die Eigentümer und Herausgeber von Zeitungen vor die zuständigen Gerichte gezogen werden.

Artikel 15.

Personen, die sich mit dem Verkauf, dem Auslegen, der Verbreitung oder der Verteilung von verbotenen Veröffentlichungen oder Filmen beschäftigen, haben die Strafen zu gewärtigen, die für Übertretung der Bestimmungen der Hohen Kommission festgesetzt sind. Die in ihrem Besitz gefundenen Nummern, Exemplare und Filme werden sofort beschlagnahmt und es kann die Schließung ihres Geschäftes durch die Hohen Kommission für eine Dauer bis zu höchstens 3 Monaten ausgesprochen werden.

Titel 4.

Versammlungen.

Artikel 16.

Politische Versammlungen müssen dem Kreisdelegierten der Hohen Kommission 48 Stunden vor dem anberaumten Termin angezeigt werden. Die Anzeige hat den Gegenstand der Versammlung und die Liste der Veranstalter zu enthalten.

Artikel 17.

§ 1. Der Kreisdelegierte der Hohen Kommission kann in der Versammlung persönlich anwesend sein oder einen Vertreter entsenden.

§ 2. Falls Erörterungen sich auf Gegenstände erstrecken, die in der Anzeige nicht enthalten sind, und falls Unruhen, die die öffentliche Ordnung bedrohen, ausbrechen sollten, kann die Versammlung durch den Kreisdelegierten aufgelöst werden und es kann gegen die Veranstalter gerichtlich eingeschritten werden.

Artikel 18.

Die Hohen Kommission kann jederzeit die Abhaltung

politischer Versammlungen und jeder sonstigen Versammlung, die nach ihrer Auffassung die Sicherheit der Truppen gefährden würde, untersagen.

Titel 5.

Besitz und Handel mit Waffen und Munition.

Artikel 19.

Keine Vorschrift dieses Titels ist auf die in Artikel 1 und 2, § 5, der Verordnung, betreffend die Gerichtsorganisation, aufgezählten Personen anwendbar.

Artikel 20.

Der Besitz und der Handel mit Waffen jeder Art (Feuerwaffen, blanke Waffen usw.) und mit Munition sind ausdrücklich untersagt, vorbehaltlich der in nachfolgenden Artikeln zugelassenen Ausnahmen.

Wer den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes zuwiderhandelt, hat die Strafen zu gewärtigen, welche gegen Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Hohen Kommission vorgehen sind; die Gefängnisstrafe kann bis auf 2 Jahre ausgedehnt werden.

Die Einziehung der beschlagnahmten Waffen und Munition ist in jedem Falle auszusprechen.

Artikel 21.

Die Beamten der öffentlichen Macht, Gendarmen, Zollbeamten, Forstbeamten, Polizeibeamten, die von den deutschen Behörden entsprechende Befugnisse erhalten haben, sind berechtigt, im Dienst Waffen und Munition zu führen, deren Zahl und Art durch die Hohen Kommission festgelegt wird. Gewisse Personengruppen (private Aufsichtsbeamte, Aufseher alleinliegender Niederlassungen usw.), welche auf Grund ihrer besonderen Dienstobliegenheiten zur Überwachung verpflichtet sind und Waffen tragen müssen, können durch besondere Anordnung der Hohen Kommission zum Führen von Waffen u. Munition ermächtigt werden, deren Zahl und Art durch diese Anordnung bestimmt werden.

Artikel 22.

§ 1. Der Besitz und das Tragen von Jagdwaffen und Jagdmunition sind unter den Bedingungen, welche im nachfolgenden Titel 4 vorgegeben sind, gestattet.

§ 2. Der Handel mit den genannten Waffen und Munition ist unter folgenden Bedingungen gestattet:

Wer mit Jagdwaffen handelt, oder die Herstellung oder den Verkauf von Munition betreiben will, hat der alliierten militärischen Behörde des Kreises, in welchem er den Handel oder die Herstellung betreiben will, eine spezifizierte Erklärung über die Arten von Waffen und Munition, welche er zu verkaufen oder herzustellen beabsichtigt, abzugeben.

Er hat, nach Gattungen geordnet, den Bestand der Waffen und der Munition, über den er verfügt, anzugeben und über die Fabrikation, sowie seine Käufe und Verkäufe Buch zu führen.

Diese Listen (oder Bücher) müssen jederzeit dem Delegierten der Hohen Kommission des Kreises oder den militärischen Behörden zur Verfügung stehen, welche gleicher Weise nachprüfen können, ob der Umfang der Vorräte genau mit den Ein- und Ausgängen in den Büchern übereinstimmt.

Die Waffen- und Munitionshändler können angehalten werden, der Hohen Kommission Verzeichnisse über ihre Verkäufe und ihre Bestände zu liefern.

§ 3. Jagdwaffen dürfen nur an Personen verkauft werden, welche sich durch einen Waffenschein, wie er im nachfolgenden Titel 4 vorgegeben ist, ausweisen. Munition darf nur an solche Personen abgegeben werden, welche mit einer Munitionskarte versehen sind, wie sie im selben Titel 4 vorgegeben ist und nur in der Menge und Beschaffenheit, wie sie durch die erwähnte Karte angegeben wird.

§ 4. Die Listen und Dokumente, welche in Ausführung der deutschen Gesetzgebung über den Gebrauch, den Besitz, die Herstellung und den Verkauf von Explosivstoffen eingeführt sind, sind auf Anforderung des Delegierten der Hohen Kommission und der militärischen Behörden vorzulegen.

Titel 6.

Jagd.

Artikel 23.

Keine Vorschrift dieses Titels ist auf die in Artikel 1 und 2, § 5, der Verordnung, betreffend die Gerichtsorganisation, aufgezählten Personen anwendbar.

Artikel 24.

Unbeschadet der Vorschriften der deutschen Gesetzgebung über die Ausstellung von Jagdscheinen bedarf es zur Ausübung der Jagd eines von den deutschen Behörden auszustellenden Waffenscheines, welcher die Zahl und die Art der Waffen bestimmt.

Artikel 25.

Wer der Jagd obliegen will, hat die Ausstellung einer Munitionskarte zu beantragen, welche ihm von den deutschen Behörden auf Grund einer Erklärung über die Anzahl der Hektare, auf denen das Jagdrecht ausgeübt werden soll, und über die Art des Wildes, ausgehändigt wird. Die Karte gibt die Menge und die Art der Munition an, auf welche jeder Jäger ein Recht hat; der Umfang der Jagd und die Art des Wildes sind dabei zu berücksichtigen.

Artikel 26.

Eine Abschrift des Waffenscheines und der Munitionskarte ist unmittelbar an den Delegierten der Hohen Kommission des Kreises einzusenden, welcher im Falle des Mißbrauchs die ausgegebenen Scheine und Karten als nichtig erklären oder ihre Zahl begrenzen kann. Er kann auch die Einziehung der Waffen im Besitz von Personen, deren Waffenscheine zurückgezogen worden sind, anordnen.

Artikel 27.

Die Entziehung des Jagdscheines auf Grund der deutschen Befehle hat auch die Einziehung des Waffenscheines und der Munitionskarte zur Folge.

Coblenz, den 10. Januar 1920.

Hohen Interalliierten Kommission.

Verordnung

der Hohen Kommission, betreffend Maßnahmen, um die Sicherheit und den Unterhalt der alliierten Truppen im Falle von Streitigkeiten über das gewerbliche Arbeitsverhältnis zu gewährleisten.

Die Hohen Interalliierten Kommission

verordnet

in der Erwägung, daß auf Grund des dem Friedensvertrag angehängten Abkommens vom 28. Juni 1919 es Sache der Hohen Kommission ist, den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungsarmeen und infolgedessen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten, und daß die Bestimmungen, welche sie zu diesem Zwecke erläßt, von Allen beachtet werden müssen,

in der Erwägung ferner, daß das dem Friedensvertrage angehängte Abkommen von den Parlamenten oder Regierungen der verbündeten Mächte und von dem deutschen Parlament ratifiziert worden ist.

Artikel 1.

§ 1. Die Vorschriften dieser Verordnung kommen nur zur Anwendung bei Ausständen von Angestellten der Eisenbahn, der Reparaturwerkstätten, der Telegraphen-, Telefon- und Postverwaltung, der Kohlenbergwerke, der Schifffahrt, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Die Hohen Kommission kann jedoch diese Verordnung jederzeit durch einen gehörig verkündeten Befehl auf jedes andere Unternehmen anwenden, wenn dessen Betrieb für den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungsarmeen notwendig erscheint.

§ 2. Im Zweifelsfalle entscheidet die Hohen Kommission, ob ein Unternehmen in den im § 1 festgelegten Kreis gehört. Die Entscheidung, die die Einbeziehung in diesen Kreis ausspricht, ist unanfechtbar.

Artikel 2.

§ 1. In den im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Fällen darf kein Ausstand begonnen werden, bevor nicht der Streitgegenstand den Behörden, die nach deutschem Gesetz zur Schlichtung von gewerblichen Streitigkeiten gestellt sind, zur Entscheidung unterbreitet ist.

§ 2. Die Entscheidung der Einigungsbehörde muß innerhalb 8 Tagen, von dem Tage an, an welchem der Schlichtungsantrag der zuständigen Behörde zugegangen ist, ergehen. Sie wird dem Vertreter der Hohen Kommission in dem Bezirk, in welchem der Streit ausgebrochen ist, vorgelegt. Dieser Delegierte übermittelt sie unmittelbar der Hohen Kommission.

§ 3. Will eine Partei die Entscheidung der deutschen Einigungsbehörde anfechten, so kann sie innerhalb 8 Tagen vom Tage dieser Entscheidung an, bei der Hohen Kommission Berufung einlegen. Diese Berufung wird einem Schlichtungsamt vorgelegt, bestehend aus einem Vorsitzenden, zwei Mitgliedern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Die Mitglieder werden von der Hohen Kommission ernannt. Das Schlichtungsamt entscheidet innerhalb eines Zeitraums von höchstens 8 Tagen, von dem Tage an, an welchem das Schlichtungsamt gebildet ist.

§ 4. Wenn das Schlichtungsverfahren gemäß § 1, 2 und 3 eingeleitet ist, so darf kein Ausstand begonnen werden, es sei denn, daß die Absicht, in den Ausstand zu treten, dem in § 2 erwähnten Vertreter der Hohen Kommission offiziell angezeigt wird. Der Ausstand darf auch dann erst, nach Ablauf einer achtstägigen Frist nach Eingang der offiziellen Anzeige bei dem vorbezeichneten Beamten, begonnen werden.

Artikel 3.

Die Vorschriften des Artikels 2 finden ebenso Anwendung im Falle der Aussperrung von Angestellten der im Artikel 1 bezeichneten Unternehmen durch die Arbeitgeber.

Artikel 4.

Wenn ein Ausstand in einem Unternehmen ausgebrochen ist, das zwar nicht unter diese Verordnung fällt, das aber durch einen Beschluß gemäß Artikel 1 diesen Vorschriften unterworfen wird, so kann die Hohen Kommission die Fortsetzung dieses Ausstandes verbieten und den Beteiligten anbefehlen, das durch diese Verordnung vorgeschriebene Verfahren zu befolgen.

Artikel 5.

Ungeachtet aller Vorschriften der geltenden deutschen Befehle darf keine deutsche Behörde im besetzten Gebiet eine Entscheidung, die auf Grund des deutschen Rechts getroffen ist, für unanfechtbar erklären.

Coblenz, den 10. Januar 1920.

Hohen Interalliierten Kommission.

Zufügung zur Bekanntmachung der Hohen Interalliierten Kommission vom 10. Januar 1920:

Bekanntmachung.

Der Delegierte der Hohen Interalliierten Kommission für den Unterlahnkreis ist

Major Chatras.

Jeder Schriftwechsel ist ihm unter dieser Anschrift zu übersenden.

Coblenz, den 10. Januar 1920.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 17. Jan.

Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Nachtragsetat zur Erhöhung der Steuerzuschläge für Beamten, Offiziere usw. um 150 Proz. (angefordert werden 500 Millionen Mark) wird nach kurzer Debatte in allen drei Lesungen verabschiedet.

Die Gesetzentwürfe zur Prüfung von Wildstreifen für Lichtspiele und über die Beschäftigung Schwerbeschädigter gehen zur Vorberatung an die Ausschüsse. Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Strafrecht an Personen aus dem Abstammungsgebiet sowie über Vendeberung des deutsch-polnischen Beamtenvertrages wird in allen drei Lesungen und in der Gesamtstimmung angenommen. Um 2½ Uhr tritt eine Mittagspause ein.

Die Wiedereröffnung erfolgt um 4½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die von allen Parteien, außer den Unabhängigen, eingebrachte Interpellation betr. die vom interalliierten Ausschuss erlassenen Verordnungen für die Rheinlande.

Abg. Spahn (Ztr.) begründet die Interpellation: Gemäß dem Rheinlandsabkommen kann der Ausschuss solche Verordnungen erlassen, die für die Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der fremden Streitkräfte nötig sind. Der Ausschuss hat aber fünf Verordnungen erlassen, die die Grenze dieser Zuständigkeit nicht inne halten. Er greift damit in die Gesetzgebung des Reiches und Preussens ein, behält sich vor, jeden auszuweisen, der ihm gefährlich erscheint und unterstellt verfassungswidrig seiner Kontrolle das Brief-, Fernsprech- und Fernschreibgeschäft und die freie Bewegung der Vereinsversammlungen. Er beansprucht das Recht, bei den Zivilgerichten anhängige Sachen diesen zu entziehen, und den Kreis der Sachen zu bestimmen, die er vor sein Tribunal oder die Militärgerichte führen will. Was gebietet die Regierung zu tun, um die Einhaltung des Rheinlandsabkommens zu sichern?

Reichsminister Koch: Beständen die Verordnungen zu Recht, so wären die Rheinlande kein besetztes, sondern ein unterworfenen Gebiet, sie wären eine den Fremden auf Gnade oder Ungnade ausgelieferte Kolonie. Wir haben Protest eingelegt. Wir stehen auf dem uns festerlich garantierten Rechtsboden. Wir können die Verordnungen als zu Recht bestehend nicht anerkennen. (Beifall.) Wie ein roter Faden zieht sich durch die Verordnungen die Begründung, daß das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlich wäre; diese Aufgabe fällt aber der deutschen Hoheit zu. Die Verordnungen dürfen nur die Sicherheit der fremden Truppen betreffen, sonst nichts. Sie beschränken aber die Einwohner in ihren staatsbürgerlichen Pflichten und den Staat in seiner Verfassungshoheit. In den willkürlichen Ausweisungen liegt ein schwerwiegender Verstoß. 76 Beamte sind von den Franzosen, 18 von den Belgiern ausgewiesen worden (Gör. hört.). Die Schieber haben sich die Zwitterstellung der Rheinlande zunutze gemacht, weil sie in den Rheinländern Strafrecht zu finden hoffen, wenn sie sich gegen die Strafgesetze des Vaterlandes vergangen haben. Den Lösungsversuchungen wird dadurch Vorbehalt geleistet. Gegen Verleumdung und Unsitlichkeit in Wort, Gebärde und Haltung werden hohe Gefängnisstrafen angedroht; es ist unerhört, daß Angehörige eines fremden Volkes sich zum Stützenstütze darüber aufspielen, was Sitte ist. (Sehr richtig!) Die Verordnungen bedeuten die Errichtung einer fremden Gewalt, die kein Aufrechterhalten kann. Wir werden alle Rechtsverletzungen vor das Licht der Öffentlichkeit bringen. In dem besetzten Gebiet hat das Reich 10 Millionen Mark ausbezahlt. In der Erörterung über das Rheinland müssen wir eine nationale Einheitsfront bilden. Die Bevölkerung jenseits des Rheins nimmt mit nichtslagernden Ausnahmen eine musterhafte Haltung ein. Unter den Kaufschlägen dieser Wälder wird das Rheinland fester an uns geschmiegt, als je in den Zeiten des Glücks. Nach Gesinnung, Blut und Sprache ist das Rheinland deutsch auch nach dem Friedensvertrag. (Beifall.)

Die Interpellation ist damit erledigt. Nächste Sitzung Sonntag 12 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes. Das erst heute eingegangene Körperkassengesetz kann wegen des Widerspruchs der Rechten morgen nicht auf die Tagesordnung kommen.

Schluß 6½ Uhr.

Berlin, 18. Jan.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes.

In der mit Abschnitt 1 (allgemeine Bestimmungen) verbundenen allgemeinen Aussprache erklärt

Abg. Schiele (Dnl.), daß seine Partei das Gesetz ablehne, da es dem demütigst liegenden Wirtschaftsleben den Wiederaufstieg erschwere.

Abg. Dr. Wolf (D. Vp.) erklärt für seine Parteifreunde die Nichtzustimmung zu dem Gesetz, das nicht dem sozialen Frieden dienen würde.

Abg. Ehrhardt (Ztr.) betont im Gegensatz zu den beiden Vorrednern, daß die Vorlage für das Arbeitsrecht einen großen Fortschritt bedeute. Seine Partei stimme dem Gesetz zu, weil sie es für eine zwingende Notwendigkeit halte.

Abg. Henke (U. S.) weist darauf hin, daß das Reichstagsgebäude auch heute wieder mit Maschinengeheulen besetzt sei. Unter Vorbereitungen zu einem Nationalfest werde das für seine Partei unannehmbare Gesetz verabschiedet.

Abg. Ostroth (Soz.) macht der äußersten Linken zum Vorwurf, daß von ihren beiden Vertretern bei den 72 Abstimmungen immer mindestens einer schelte. Das Betriebsrätegesetz ist als Grobstück in der Reichsgeschichte zu bezeichnen.

Reichsminister Schiele teilt mit, daß wegen der internationalen Regelung der Sechshundertschicht in den Bergwerksbetrieben die Verhandlungen demnächst aufgenommen werden.

Abg. Erlenz (Dem.) glaubt nicht, daß die Industrie, wie es von der Rechten dargestellt wird, aus diesem Gesetz zugrunde gehen würde.

Die allgemeine Erörterung schließt. Die allgemeinen Bestimmungen werden angenommen, ebenso mit geringfügigen Änderungen der Rest des Gesetzes. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

In namentlicher Abstimmung wird sodann das Gesetz mit 213 gegen 64 Stimmen der Rechten und Unabhängigen angenommen. Die Mehrheit begrüßt das Ab-

stimmungsergebnis beifällig.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung selbst festsetzen zu dürfen, sobald der Bericht des Steuerausschusses vorliegt.

Abg. Henke (U. S.) hält eine Vertagung in der jetzigen Zeit für bedenklich. Seine Partei wenigstens lehne sich nach den Wahlen.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Nl.): Dann kommt endlich das Wahlgesetz? Das ist doch die Hauptsache.

Das Haus schließt sich dem Vorschlag des Präsidenten an. — Schluß 6½ Uhr.

Ein Kabinett Millerand.

Der Präsident der französischen Republik ersuchte Millerand, das Kabinett zu bilden. Seine Bemühungen haben Erfolg gehabt: Das neue Ministerium Millerand setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen: Millerand; Justizminister: L. Hebeau; Minister des Innern: Ronnevat; Kriegsminister: Andre Lefevre; Marineminister: Landry; Handelsminister: Jaac; Landwirtschaftsminister: Henry Ricard; Finanzminister: Francois Marsal; Kolonialminister: Albert Sarraut; Minister der öffentlichen Arbeiten: Letroquer; Minister des öffentlichen Unterrichts:



Millerand

Morard; Minister des öffentlichen Unterrichts: Jourdain; Minister für soziale Arbeit und Hygiene: Breton; Vorsitzender über die Unterstaatssekretäre Meibel; Unterstaatssekretär für die Landwirtschaft: Greuille; für Lebensmittelförderung: Thounire; Finanzen: Breuch; für Handelsmarine: Paul Bignon; für das Post-, Telefon- und Telegraphenwesen: Deschamps; für Lufttransport: Flandin; für Wassertransport: Dorre.

Während Maginot zum Minister für Kriegspensionen und Kriegsunterstützung ernannt worden ist, ist das Ministerium Millerand endgültig gebildet.

Eine weitere Meldung besagt: Das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts wird Herrn Gonnot übertragen und dasjenige des Ministeriums des Innern Herrn Siegel.

Ueber die Frage, ob die Präsidentenwahl eine Unterbrechung in den Verhandlungen der Friedenskonferenz herbeiführen wird, schreibt das Pariser Journal: Sicher ist, daß eine vollständige Kursänderung in unserem diplomatischen Vorgehen eintreten wird. Wenn sich diese Änderung noch nicht bemerkbar macht, so ist es einzig und allein deshalb, um die laufenden Geschäfte nicht zu stören. Die amerikanischen Blätter geben offen ihre Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die französische Nationalversammlung es über sich brachte, einen um Frankreich so verdienten Staatsmann der ihm schuldigen Belohnung zu berauben.

Schweizer Stimmen.

Der „Berner Bund“ begrüßt den neuen Präsidenten mit herzlichsten Worten und versichert, Deschanel genieße in der Schweiz warme Sympathien. Die „Neue Zürcher Zeitung“ warnt vor übertriebenem Optimismus in der Hoffnung auf eine Veränderung in der französischen Politik gegenüber Deutschland. Man könne das vom Standpunkt des Friedensfreunds aus bedauern, müsse aber die Tatsache erwähnen, um dem „Sturz“ Clemenceaus nicht eine Bedeutung zu geben, die ihm nicht zukomme. Die auswärtige Politik werde kaum eine Veränderung erfahren. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ fügen: In Wirklichkeit ist Deschanel ein ebenso eingetragener Feind Deutschlands wie Clemenceau, nur versteht er es besser, zuvor den Glacehandschuh anzuziehen, als er den Gegner anfaßt.

Die Note an Holland.

Die Entente Note, durch die von Holland die Aufhebung des französischen deutschen Kaisers verlangt wird, hat folgenden Wortlaut:

Wir vorliegenden Schreiben an die Königlich Niederländische Regierung notifizieren die Mächte: den Text von Art. 227 (beiliegend eine beglaubigte Kopie) des am 10. Januar 1920 mit Deutschland in Kraft getretenen Friedensvertrages. Sie haben gleichzeitig anzugeben, daß sie beschloßen haben, unverzüglich die Verfügungen dieses Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, ihnen den Erklärer Deutschlands, Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern. Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die die alliierten und assoziierten Mächte Anklage erhoben haben, müßten ihnen gemäß Art. 228 des Friedensvertrages unter den gleichen Bedingungen durch die deutsche Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die unverjährbaren Gründe, die gebietend verlangen, daß die reichlich überlegten Verletzungen der internationalen Verträge und die systematische Mißachtung der gebührenden völkerrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf alle einschließlich der höchstschwersten Verfehlungen, die durch den Friedensvertrag vorgesehene spezielle Würdigung erhalten. Die Mächte erinnern kurz

unter so vielen Verbrechen an die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System der Geiseln, an die Massen deportierungen, an die Entführung der jungen Mädchen in Lille, die aus ihren Familien gerissen und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben bürgerlicher Gesellschaft überlassen wurden, an die systematische Verwüstung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Boottrog mit dem unermesslichen Verlassen der Opfer auf hoher See, Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßend anerkannt wurden.

Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische, hinaus bis zum obersten Führer, der sie ermächtigt, oder der seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Die Mächte können nicht an die Idee denken, daß die Regierung der Niederlande ein Mittel ins Auge fassen würde, um die begangenen schweren Verantwortlichkeiten des Erklärers auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den anderen Mächten anschließen würde zur Verfolgung der begangenen Verbrechen oder wenn es die Befragung dieser hindern würde.

Indem das Ersuchen an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen speziellen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch Beweisführung aufhalten zu lassen, weil es sich nicht um eine persönliche Anklage gegenwärtigen juristischen Charakters, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebietend gefordert ist und auf die die vorgezeichneten Rechtsnormen mehr Garantie bieten als das Recht, das bis jetzt in Anspruch genommen hat. Die Mächte hegen die Überzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und das eine der ersten Mächte war, die im Völkerbund ihren Platz gefunden, nicht durch eine moralische Autorität die Vergewaltigung der wissenschaftlichen Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen dulden wollen wird, da es wie alle anderen ein Interesse hat, die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern. Die holländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, nicht den Schein zu erwecken, als ob sie den Hauptthemen beschäme, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Territorium gewährt, sondern den Anschein, daß sie das Ersuchen, das von Millionen Stimmen von Opfern verlangt wird, erfüllt.

(gez.) Clemenceau.

Allerlei Nachrichten.

Kabel.

Kabel traf am 18. Jan., begleitet von deutschen Branten, an der polnischen Grenze ein und reiste nach Sowjetrußland weiter. Mit der Rückgabe der für ihn von Sowjetrußland festgehaltenen Geiseln Franz Cienow, Adolf Bethmann, Karl Mufat, Leo Schanz, Otto Hering und Bruno Bertram kann demnächst gerechnet werden.

Verhaftungen in Berlin.

Wie an zuverlässiger Stelle verlautet, wurde der Führer des radikalen Flügels der Unabhängigen, Dammig, durch das Oberkommando in den Marken im Auftrag der Reichsregierung verhaftet. Außerdem kamen elf weitere radikale Führer, darunter Malyah, von der Zentrale der sozialistischen Betriebsräte, eine Bezeichnung, unter der sich der bekannte Rote Bollzugstrat verbirgt, in Haft. Die bisherige Untersuchung hat das Vorliegen eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das verhaftet vorgeht.

Die Hilfe des Reiches.

Von den dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Köln zur Verfügung gestellten 10 Millionen Mark hat dieser bereits den Betrag von 4,4 Millionen verteilt und zwar in folgender Weise: Der Stadt Köln eine Million, dem übrigen Teil des Regierungsbezirks Köln eine Viertelmillion, dem Regierungspräsidenten in Koblenz eine halbe Million und dem Regierungspräsidenten in Trier eine halbe Million, dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden eine halbe Million, der Provinzialregierung in Mainz eine halbe Million, der Regierung der Pfalz in Speyer eine halbe Million, dem kaiserlichen Ministerium des auswärtigen in Karlsruhe (für den Bräutertopf Rehl) 150 000 Mark.

Verständigung mit Sowjet-Rußland?

Der „Matin“ schreibt: Tiefbewegt durch die Berichte O'Grady's, die dieser über seine Begegnungen mit Litwinoff aus Kopenhagen übermittelte, beschloß Lloyd George und seine Minister, einen Plan zur Verständigung mit Sowjet-Rußland auszuarbeiten. Der erste Schritt in dieser Richtung ist getan und besteht in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Es handelt sich darum, zu erfahren, ob sich die Politik in dieser Richtung leichter entwickeln wird und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Alliierten durch die Wiederaufnahme der Beziehungen vor Schaden zu bewahren. Der Kriegszustand mit Sowjet-Rußland dauert bekanntlich weiter.

Die Zustände in Sibirien.

„Daily Mail“ wird aus Tientsin berichtet: Nach den letzten Nachrichten, die der chinesischen Regierung zugekommen sind, sind die russischen Kadetten, die für Kolonialpolitik erzogen hatten, von den Russen in Sibirien niedergemetzelt worden. Der größte Teil der Stadt wurde ausgeplündert und angezündet. Man glaubt, daß die Truppen des Generals Capal, die ungefähr 50 000 Mann umfassen, Gefahr laufen, zwischen Irkutsk und Baital See umzingelt zu werden. Die Truppen waren der Regierung Kolischak treu geblieben.

Von Nah und Fern.

Passau, 20. Jan. (Kirchliches.) Die Vorbereitung zum Kindergottesdienst der evangl. Gemeinde findet von jetzt ab immer am Freitag Abend um 7½ Uhr pünktlich statt.

Passau, 19. Januar. Die Ortsgruppe Passau und Umgebung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen hielt am verfloßenen Sonntag ihre erste Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung war äußerst wichtig und besonders für die Hinterbliebenen der gefallenen

Kameraden von Wichtigkeit, insofern, als über die Verteilung der staatlicherseits zur Verfügung gestellten Unterstützungsgelder, die in erster Linie wieder der Wirksamkeit des Verbandes zu verdanken sind, beraten wurde. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem erfolgten Anschluß an den Verband und von der erfolgten Neufestsetzung der Beiträge und dem Bezug der Verbandszeitung. Anstelle des 1. Schriftführers Herr Schlüsselfeld, der mit seltener und uneigennütziger Opferbereitschaft die Geschäfte der Ortsgruppe in glänzender Weise geführt und uns zu unsern größten Bedauern verlassen hat, wurde Herr Mayer gewählt, dessen Posten Herr Peter Müller freiwillig übernommen hat. Auch zur Kreiswahl nahm die Ortsgruppe Stellung, indem sie in Übereinstimmung mit ihren Nachbargruppen rechtzeitig an die Parteiführer herantrat mit der Bitte, bei der Aufstellung eines Kandidaten einen Mann zu berücksichtigen, der gewillt und geeignet ist, die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, deren es in der Gruppe Nassau etwa 250 und im Unterlahnkreis über 1000 sind, zu vertreten, resp. einen Kriegsbeschädigten selbst. Diese eindringliche Bitte richten wir heute in letzter Stunde noch einmal öffentlich an alle Parteien in Stadt und Land in der Hoffnung, gehört zu werden. Zum Schluß möchten wir nicht veräumen dem Männer-Gesangsverein Nassau für den uns überwiesenen Erlös aus dem prächtig gelungenen Kirchenkonzert im Betrage von 310 M und dem sozialdem. Verein Nassau für die aus der Christbaumverkaufsgeldern 70 M unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Wir knüpfen daran die Bitte an alle ähnlichen Vereine, dieses schöne Beispiel nachahmen zu wollen.

Bergiß den teuren Toten nicht —
Und pfleg' den kranken Bruder!

Bekanntmachung

Befunden: 1 Portemonnaie mit Inhalt.
Nassau, 20. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung:

J. B.

Unverzag, Beigeordneter.

Bekanntmachung

Infolge der hohen Preise für altes Eisen und Altmaterialien sind in letzter Zeit mehrfach Diebstähle hier vorgekommen. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Vermeidung weiterer Verletzungen die Althändler angewiesen worden sind, Altmaterial von Personen unter 14 Jahren nicht anzukaufen, von anderen Personen darf Altmaterial nur angekauft werden, wenn die Herkunft einwandfrei feststeht.

Nassau, den 20. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung:

Unverzag.

Bekanntmachung

Die Versorgungsstelle Oberlahnstein hält im Monat Januar 1920 im Unterlahnkreis Auskunft- und Beratungsstunden wie folgt ab:

Am Freitag, den 23. Januar in Nassau von 12—2,30 Uhr nachm. im Rathaus.

Versorgungsstelle Oberlahnstein.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau

Umtausch der Fleischkarten.

Die neuen vom 19. Januar an gült. Fleischkarten werden am Donnerstag, den 22. Januar, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr im Rathaus ausgetauscht.

Rindfleisch.

Freitag Nachmittag von 1½ Uhr an wird im Freibanklokal Rindfleisch gegen Fleischkarten ausgetauscht. Preis 3 M das Pfund.

Fleisch.

Der Verkauf von Frischfleisch und Frischwurst findet am Freitag, den 23. Januar, in den Metzgereien L. Huth, Geschwister Huth, Geschwister Blank, L. Nüßlein und Chr. Schulz statt.

Umtausch der Brotkarten.

Die neuen vom 26. Januar an gültigen Brotkarten werden am Donnerstag, den 22. Januar vorm. von 8—12 und nachm. von 2—4 Uhr im Rathaus ausgetauscht.

Benzol.

Bestellungen auf Benzol für den gewerblichen und landwirtschaftlichen Verbrauch für den Monat März werden bis 28. Januar auf dem Bürgermeisterramte entgegengenommen.

Süßrahmmargarine.

Auf Abschnitt 9 der Fettkarte wird von Donnerstag, den 22. bis einschl. Samstag, den 24. Januar in den Geschäften J. W. Kuhn, Johann Egenolf, H. Trombetta, R. Strauß Ww. u. Adm. Konsum ½ Pfund Margarine zum Preise von 3,40 M ausgegeben.

Fleischversorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:
An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:

Freitag Vormittag:

Von 9—10 Uhr Fleischkarten 201—250.

Von 10—11 Uhr Fleischkarten 1—100.

Von 11—12 Uhr Fleischkarten 101—200.

Freitag Nachmittag:

Von 3—4 Uhr Dienstadt, Missetberg und Geisig.

Von 4—5 Uhr Dörschhofen und Oberwies.

Von 5—6 Uhr Sulzbach.

Bergn.-Scheuern, 20. Januar 1920.

Der Bürgermeister:

R a u.



Der geschätzten Einwohnerschaft von Nassau und Umgebung bringe ich hierdurch zur Kenntnis, daß ich die Geschäftsräume und das Warenlager der 1834 von meinem Großvater gegründeten und 1897 mit von meinem Vater übergebenen Firma J. W. Kuhn Nassau an den Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend e. G. m. b. H. übertragen habe. Meine bisherigen Angestellten sind im Geschäft verblieben und mein bisheriger, wertvoller, großer Kundenkreis wird unter der genossenschaftlichen Geschäftsform seinen Bedarf in gewohnter Weise in meinem Hause eindecken können.

So viele in all den Jahren meiner Geschäftsführung erhaltene Beweise der Treue und Anhänglichkeit, die besonders auch jetzt vor dem Uebergang zum Ausdruck gekommen sind, spiegeln das Gefühl der Freundschaft wieder, das ich stets für meine Kunden gehegt habe.

In Dankbarkeit werde ich all der arbeitsreichen Jahre, die mir durch die Treue meiner Kunden verschönt wurden, gedenken und ich wünsche, daß ihnen auch der Aufschluß an das neue Unternehmen Nutzen und Vorteile bringen möge.

Adolf Kuhn,

Inhaber der Firma J. W. Kuhn.

Wir nehmen höchstlichst Bezug auf vorstehende Erklärung und hoffen, daß die Treue und Anhänglichkeit, welche die Einwohnerschaft von Nassau und Umgebung der Firma J. W. Kuhn entgegengebracht hat, auch unserer Genossenschaft gegenüber zum Ausdruck kommen möge.

Wir werden eifrigst bestrebt sein unseren Mitgliedern vom Guten stets das Beste zu bieten und alle Kräfte anspannen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Der Vorstand.

Der Aufsichtsrat.



Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Corned-Beef

in 1 Pfd., 2 Pfd., 6 Pfd.-Büchsen, sowie lose im Ausschnitt.

Kollmöpfe,

ganze und halbe Fische, in 1a. Qualitäten.

Damen-Friseur-Salon

Hedwig Bramm, Nassau

empfiehlt

Friseur-Kämme, Staub-Kämme,
Seiten- u. Nackenkämme, Zibellen-
u. Hornhaarnadeln, Blonde Haar-
garnituren, Sav-Haargarnituren
sehr preiswert.

Van Houtens Royal-Kakao

empfiehlt

Drogerie Trombetta.

Gute Putztücher

wieder eingetroffen.

Chr. Arzt, Römerstr.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Kaffee,

in gut. Qual., reinschmeck., per Pfd. Mk. 16,— u. Mk. 20,—.

Kakao,

rein amerikanischer, per Pfd. Mk. 16,—.

Newco,

franz. Fabrikat, bestehend aus Kakao, Schokolade und Zucker, per Paket Mk. 6,— (ersetzt Schokolade, Kakao, Tee etc. und ist ergiebig im Gebrauch).

Schwarzen Tee

in Paketen zu 2,— Mk. u. 40 Pfg.

Wäschetrockner

empfiehlt

Reiserbesen.

Chr. Arzt, Römerstr.

Badwannen.

Rauchtabake

Kiepenkerl und Madastra-Shag

eingetroffen bei

H. Trombetta.

Ganzen u. gemahlten weißen Pfeffer

empfiehlt

Drogerie Trombetta.

Vereinsnachrichten.

Turnverein Bergnassau-Scheuern. Donnerstag, den 22. d. M. abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Mitglied Fischbach.

Evangel. Kirchenchor. Freitag abend 8 Uhr: Gesangsstunde.

Für die uns anlässlich unserer
Vermählung

dargebrachten vielen Aufmerksam-
keiten und Geschenke danken herz-
lichst!

Wilhelm Knoth und Frau,
Lina geb. Schwarz.

Öffentliche Quittung.

Für die notleidenden österreichischen Kinder gingen ein:
Von der Hauswirtschaftsschule Nassau Mk. 50,
worüber wir dankend quittieren. Den Betrag haben wir
Herrn Jkh überwiesen.
Nassauer Anzeiger.

Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschland.
Bezirk Mittelrhein und Unterlahn.
Ortsgruppe Nassau.

Am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr,
findet für alle Mitglieder sämtlicher Nassauer Betriebe im
Saale der Bellevue eine

außerordentlich wichtige Versammlung
statt.

Tages-Ordnung:

1. Lebenshaltung und Vohigestaltung der Arbeiterschaft.
2. Die Feinde der Gewerkschaften (Referent Sekretär Kassel-Reuwig).
3. Organisationsfragen.

Die Angehörigen der Kollegen sind mit eingeladen. Mit-
gliedsbücher und Karten sind mitzubringen zwecks Abstempe-
lung.

Der Vorstand.

— Banderolierter —

Goldgelb. Virg.-Zigarrentabak

zu haben im

Zigarrengeschäft Rudolf Degenhardt,
Nassau, Mauerstr. 5.

Festhalle Frankfurt a. M.

Art Oberammergauer Passionsfestspiele.

Unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der
berühmten Christus- und Judasdarsteller
Gebr. Ad. u. Gg. Fagnacht aus Bayern. 800
Mitwirkende.

Spieltage: vom 24. Januar bis 1. Februar 1920
jeden Abend 7 Uhr.

Außerdem: am 25., 28., 31. Januar und 1. Febr.
auch nachmittags 2 Uhr und abends 7 Uhr. Nach
Schluß der Nachmittagsvorstellungen Anschluß der
Züge nach allen Richtungen.

Vorverkauf der Karten: Musikalienhandlung
Apelt, Katharinenpforte 1. Telefon: Hansa
3046, sowie eine Stunde vor Beginn an der Fest-
hallen-Kasse.

Geschäftsstelle der Passionsspiele: Festhalle Frank-
furt a. M.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Filiale Nassau.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Ingelheimer Rotwein per Flasche M. 10,80

Ingelheimer Weisswein " 8,40

(inklusive Steuer ohne Glas)

1a. Cognac-Verschnitt per Flasche M. 28,—
(ohne Glas).

Gummiwaren

Mutterpritzen, Frauentropfen,
sanitäre Frauenartikel.

Anfragen erbeten an
Versandhaus Heusinger,
Dresden 712 :: Am See 37.

Eine kleine
Wiese oder Abhang

für Ziegenfutter zu pachten ge-
sucht. Frau Udo Schulz,
geb. Kofner.

Bei meinem Weggange
von Nassau sage allen mei-
nen Freunden herzliches
Lebewohl!
Hermann Althans,
Anstalt Scheuern.

Damen-Friseur-Salon

Hedwig Bramm

empfiehlt

Doppel-Haarnehe,
einfache Hauben- u. Stirnnehe
zum billigsten Tagespreis.

Wir suchen

für kaufstüchtige Kapitalisten
verkaufliche Häuser
jeder Art und erbitten Ange-
bote von Selbstgeheimtümern an
Grundstücks-Offerten-Ber-
lag Frankfurt a. M.,
Schillerhof.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nassauischen Landesbank.

%		Geld	Brief	%		Geld	Brief	%		Geld	Brief	Devisen	Geld	Br. ef
4	Nass. Landesbank	99,—	—	4	Frankf. Hyp.-Bank	101,25	—	5	Deutsche Reichsanleihe	78,50	—	Frankreich	—	—
3 1/2	do.	91,50	—	3 1/2	do.	100,50	89,50	4	do.	68,50	65,50	Holland	213 1/2	213 1/2
3 1/2	do.	83,50	—	4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,25	—	3 1/2	do.	58,25	—	Schweiz	101 1/2	101 1/2
3	do.	79,50	—	3 1/2	do.	—	—	3	do.	64,—	64,50	Schweden	1100	1101

KONSUM-VEREIN

für Wiesbaden und Umgegend

e. G. m. b. H.

Zentrale: Wiesbaden, Hellmundstr. 45.

Die Eröffnung unserer 41. Verkaufsstelle ist in dem Hause der Firma J. W. Kuhn, Nassau, Kettenbrückstraße 6 erfolgt.

Der Verkauf der Waren erfolgt in der Regel nur an Mitglieder, jedoch werden in der Übergangszeit auch Waren an Nichtmitglieder verabfolgt.

Als Mitglied ist jedermann willkommen!

= Eintrittsgeld 50 Pfg. =

Der Geschäftsanteil beträgt pro Mitglied 50 Mk., lt. Statut zahlbar in 5 Jahren. Bei sofortiger Einzahlung wird der Anteil mit 4% verzinst, die Zinsen jährlich ausgezahlt.

Die Mitglieder erhalten für ihre sämtlichen Einkäufe einen festen Rabatt von 4%, der alljährlich am Geschäftsjahreschluß in bar zurückgezahlt wird. Dieses Rabattguthaben kann auch zum Abtragen des Geschäftsanteils von Mk. 50,— verwendet werden.

Zweck des Konsumvereins ist:


Direkter Wareneinkauf und Verteilung der Waren an die Mitglieder.

Der Konsumverein ist kein Privatbetrieb sondern Eigentum der Mitglieder.

Der Konsumverein treibt keinerlei Parteipolitik, sondern steht als rein wirtschaftliche Verbrauchs-Organisation politisch auf vollständig neutralem Boden.

Wir laden die Einwohnerschaft von Nassau und Umgebung zum Beitritt freundlichst ein und hoffen, daß unsere Genossenschaft auch in diesem Bezirk dazu beitragen wird, die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu verbessern.

Der Vorstand.

 Beitrittserklärungen werden jederzeit in unserer Verkaufsstelle entgegengenommen. 